

Wolfgang Hirschberger
AfD Fraktionsvorsitzender

Haushaltsrede 2025 AfD Fraktion

17.12.2024

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin
Sehr geehrter Herr Bürgermeister
Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates
Sehr geehrte Zuhörerschaft
Sehr geehrte Vertreter der Presse

Die Haushaltsrede ist eine kritische Bestandsaufnahme von Tatsachen und Fakten zum Jahresende, die im Gemeinderat zur Sprache kommen müssen. Natürlich beinhalten Sie auch unsere parteipolitische Sicht, die nicht von allen Fraktionen und der Verwaltung getragen wird und muss. Wir haben hier einen Haushaltsentwurf vorliegen den man nur ablehnen kann.

Warum?

Weil es der Einstieg in die Totalverschuldung der Stadt Bruchsal ist, spätestens in 3 Jahren werden wir finanziell nicht mehr handlungsfähig sein. Wir müssen bereits nächstes Jahr vorgezogene Kredite aufnehmen, da wir wissen, dass wir später keine mehr bekommen werden.

Wahrscheinlich wird es noch schlimmer werden, da unsere Haupteinnahmequellen unterzunehmend schlechten Auftragslagen leiden. Die vorgeschlagenen Haushaltszahlen sind beeindruckend, ein Gesamtvolumen von 179,3 Millionen Euro. Allerdings verbunden mit einer Nettokreditaufnahme von 14.4 Millionen Euro.

Was müssen wir nun tun ? Die Antwort ist einfach Sparen!

Nun ist dies momentan sehr schwierig. Weil schon die Hälfte der Ausgaben für Baumaßnahmen verplant sind und man jetzt Brachflächen nicht einfach so liegen lassen kann. Eine Planung, die zwar in der Vergangenheit realisierbar schien, aber in Wirklichkeit einer Großmannssucht der hiesigen Führung und Stadtverwaltung zum Hinterlassen einer selbstkreierten Stadt entsprang und die entsprechenden Gemeinderäte haben sich immer wieder blenden lassen.

Dies auch bei den großen Projekten, die dieses Jahr abgenickt wurden und Bruchsal in den nächsten Jahren unwiederbringlich verändern dürften.

Der Bezug der Erst Aufnahme (EA) und die Errichtung von neun 280 Meter hohen Windkraftanlagen werden aus Bruchsal eine andere Stadt

machen. Hier wurde mit der gleichen Taktik wie meistens gearbeitet: Informationsveranstaltungen, die die Meinung der Stadt in ein positives Licht rücken und gleichzeitig berechtigte und sachliche Kritik kaum zulassen, die geschulten Leute der AGORA haben hier ganze Arbeit geleistet. Leider sind dann sind dann die meisten Kollegen dafür gewesen, entweder aus ideologischen Gründen oder weil sie sich abseits des vorgegebenen Mainstreams nicht weiter selbst informiert haben.

Wie bereits gesagt, man kann nun nicht die bereits begonnen Baumaßnahmen abwürgen, aber dann muss man den Mut haben an anderer Stelle zu sparen.

Diesem Zustand folgend müssen wir in Teilen auch schärfere Kritik an dem Haushaltsentwurf der Frau Oberbürgermeisterin und der Verwaltung äußern. Wir können die sehr hohen Ausgaben für „Nicht Kommunale Pflichtaufgaben“ nicht mittragen, die aber im Gemeinderat auf Grund der politischen Zusammensetzung der Altparteien eine Mehrheit finden werden. Wir haben in den Vorberatungen immer unsere Meinung dazu vertreten und unsere Ablehnungen begründet. Auch wenn das nicht in der Presse so dargestellt wird und im Amtsblatt auf Grund von Buchstabenbegrenzung nicht so berichtet, werden kann, wie wir es gerne möchten.

Der Haushaltsentwurf könnte unserer Auffassung sehr viel Sparsamer und in manchen Bereichen Niedriger veranschlagt werden, wenn man die Ideologische Sichtweise der Oberbürgermeisterin wegnehmen oder verändern könnte.

Zum Beispiel die jährlichen immensen Transferleistungen von über 23 Millionen Euro an die kirchlichen Träger Verbände unserer Städtischen Kindergärten bieten ein erhebliches Einsparungspotential, dies wird bereits seit 2019 Jahr für Jahr von uns als Fraktion angemahnt, aber auch ignoriert. Über 40 % der Baden-Württembergischen Kommunen haben den Einstieg in die kommunale Kindergarten Organisation und Verwaltung ohne Qualitätsverlust bereits eingeführt zum Wohle der betroffenen Bürger ihrer Städte. Jetzt wäre der richtige Zeitpunkt für eine grundsätzliche Entscheidung, denn wir wollen ab 2025 einen neuen Kindergarten im Campus in Bruchsal bauen, die Städtischen Baukosten sind mit 8 Millionen Euro Steuergelder unser Bruchsaler Bürger veranschlagt und im Haushaltsentwurf enthalten, jedoch beim Betrieb überlassen wir es mit den

Seite3

Folgekosten den Betreibern, das lehnen wir als Fraktion ab. Wer Zahlt

muss auch das Sagen haben und nicht den Forderungen der undurchschaubaren Preisgestaltungen der Betreiber erliegen. Die Stadt leistet sich noch eine Reihe von nicht Kommunalen zwingend erforderlichen Einrichtungen so genannten ideologischen Leuchtturm Projekten, die zwar vor langer Zeit durch den Gemeinderat veranlasst und über die Jahre durch die Oberbürgermeisterin forciert und den Steuerzahler jetzt richtig Geld kosten, Efeu Campus ein Objekt, das uns bis 2024 etwa 600.000 EURO gekostet hat und jetzt 2025 wieder mit etwas mehr als 200.000 € im Haushalsentwurf belastet, das ist reine Steuerverschwendung. Dazu soll die Stadt auch noch eine Bürgschaft über 2 Millionen Euro bis zum Jahr 2027 übernehmen. Das Lehnen wir auch im Wissen dass es Alternativlos ist ab, da es sonst für die Kommune noch teurer würde. Versprochenes Ende soll 2027 sein, aber durch den Gemeinderat ist das noch nicht beschlossen. Mit diesem vergeudeteten Geld hätten wir unseren, nun im Bau befindlichen Zentralen Omnibus Bahnhof (OBZ) mit dem geplanten und durch den Gemeinderat beschlossenen Dach Verschuldung Frei leisten können anstelle kleiner Wattedhäuschen. Weiteres Einsparungspotential sehen wir bei dem ebenfalls steuerfinanzierten ZEO Carsharing Konzept, das auf Betreiben der OB die ehemals anschaffungsfreien in die Jahre gekommenen E-Autos jetzt mit neuen Kommunalen Steuergelder finanziert ersetzen lassen will, Stückpreis ca.40.000 EURO. Auto Vermietung ist keine Kommunale Aufgabe, wie lehnen das ab. Die Stadt muss Flüchtlinge und Asylanten aufnehmen, das ist die Gesetzeslage, aber die Art und Weise der Ausgestaltung und Unterbringung obliegt der Stadtverwaltung nach Maßgabe des Gemeinderates. Im Vergleich mit anderen Kommunen hat die Verwaltung der Stadt Bruchsal eine sehr großzügige und wohlwollende Auslegung bei der Belegung der angemieteten Container und Privatwohnungen. Derzeit bringen wir rund 3 Million € im kommunalen Haushalt jährlich dafür auf, bei objektiver Betrachtung könnte die Belegung und Ausgestaltung eine Kostenersparnis von ca.500.000 bis 700.000 € betragen, dafür könnten alle Bürger bei kommunalen Abgaben und Gebührenerhöhungen entlastet werden. Der städtische Haushalt wir jedes Jahr durch neue Stellen Anforderungen der Oberbürgermeisterin und der Verwaltung stärker belastet, höhere

Seite 4

Lohnabschlüsse für die Mitarbeiter sind ein bekannter und unumgänglicher Umstand aber zusätzliches Personal können wir nur nach sehr genauer und durchschaubarer Prüfung akzeptieren. Die Einstellung von Sprachmittler,

Dolmetschern, Ehrenamtsbetreuer, Begleitpersonen für Arbeitswillige Asylanten usw. insgesamt 27 neue Stellen lehnt unsere Fraktion ab. In den letzten 10 Jahren hat sich die Mitarbeiterzahl auf fast 1000 erhöht.

Seit 2019 ist unser altes Feuerwehrhaus in Bruchsal vakant und wird fremdgenutzt. Eine nun seit sechs Jahren andauernde

Entscheidungsfindung für die Umgestaltung, wie auch immer, durch den Gemeinderat zeichnet sich noch nicht ab, 100.000 Euro dafür hat die Stadt schon für Architekten Wettbewerb, Info Material und Veranstaltungen in der Vergangenheit mit Zustimmung des Gemeinderates ausgegeben. Im Jahr 2025 sollen weitere 200.000 Euro für weitere Grundstücks - und Gebäudeuntersuchungen ausgegeben werden. Eine Nutzung ist bisher jedoch durch die Verwaltung nur wage definiert und eine Finanzierung für Veränderungen nicht gesichert.

Bei Betrachtung all dieser Finanziellen Risiken für unsere Stadt und unsere Bürger lehnt die AfD Fraktion den Haushaltsentwurf 2025 der Oberbürgermeisterin und der Verwaltung ab.